

Rheinisch-Bergischer-Kreis

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

Die NPD verfügt über einen Kreisverband Rhein-Berg, dem auch der Ortsverband Leverkusen und der Ortsverband Oberberg angehört. Die Homepage und die Facebook-Seite des Kreisverbands weisen keinerlei lokale Bezüge auf, was auf eine weitgehende Inaktivität, wenn nicht sogar auf eine Auflösung schließen lässt. Zur Kontaktaufnahme gab die Partei in den letzten Jahren eine Postfachadresse in der 15.000-Einwohner/innen-Gemeinde Odenthal an. Bei der Landtagswahl 2010 erzielte die NPD in den beiden Wahlkreisen im Rheinisch-Bergischen Kreis 0,3 bzw. 0,4 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagsneuwahlen 2012 erreichte sie 0,2 und 0,3 Prozent. Bei der Bundestagswahl im September 2013 erzielte der NPD-Kandidat Michael Zündorf aus Bergisch Gladbach im Wahlkreis 100 (Rheinisch-Bergischer Kreis) 0,7 Prozent der Erststimmen. Bei den Zweitstimmen kam die NPD auf 0,7 Prozent. Bei den Europawahlen 2014 erhielt die NPD 0,3 Prozent, zu den Kommunalwahlen trat sie im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 kam die NPD im Rheinisch-Bergischen-Kreis auf nur 309 Zweitstimmen, was 0,2 Prozent entspricht. Bei den Bundestagswahlen erreichte sie nur 225 Stimmen (0,1 Prozent), 924 Stimmen weniger als bei den Bundestagswahlen 2013. Bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 erreichte die NPD 0,1 Prozent der Stimmen (Anzahl: 113). Bei den Kommunalwahlen 2020 trat die Partei im Kreis nicht an. Die Bundestagswahl am 26. September 2021 brachte der NPD 0,0 Prozent der Stimmen ein.

Im März 2014 wählte die NPD-Rhein/Berg auf ihrer Jahreshauptversammlung als Kreisvorsitzenden Michael Zündorf aus Bergisch Gladbach. Laut einem Bericht des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer stünden ihm „als st. Kreisvorsitzender M. Brock, als Beisitzer M. Kreiser, sowie der bewährte Schatzmeister D. Carstens“ zur Seite. Für Mitte Juli 2014 kündigte Zündorf einen in Bergisch Gladbach startenden „Ausflug“ an, „der uns auf einen Pfad deutscher Geschichte wandern lässt.“ Dieser sei „neben der großen geschichtlichen Bedeutung [...] auch sicherlich eine willkommene Abwechslung zur sonstigen parteilichen Aktivität“. Ob dieser „Ausflug“ jemals stattfand, ist unklar. Am 12. Januar 2015 meldete der Kreisverband auf seiner Homepage, dass „etliche Aktivisten“ zum wiederholten Male eine Veranstaltung der ‚DÜGIDA‘ in Düsseldorf unterstützt hätten. Am 5. Mai 2016 teilte der NPD-Landesverband NRW mit, dass „bei der Jahreshauptversammlung der NPD-Rhein/Berg [...] Michael Zündorf in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt“ worden sei. „Ihm zur Seite“ stünden „als Stellvertreter Dietmar Kühn und als Schatzmeister Dieter Carstens“. Seitdem wurden keine weiteren Jahreshauptversammlungen und Kreisvorstandswahlen mehr bekannt.

Anfang 2016 verkündete der Kreisverband auf Facebook, dass man zur PEGIDA-Großdemonstration am 9. Januar nach Köln mobilisiere. Hierbei wurde darauf verwiesen, dass die „Treff- und Abreisepunkte [...] wie gewohnt“ Radevormwald, Lindlar (beide Oberbergischer Kreis) und Bergisch Gladbach seien. „Den Anweisungen der jeweiligen Gruppenleiter“ sei „Folge zu leisten“. Es ist davon auszugehen, dass einige

Kreisverbandsmitglieder auch an der „pro Deutschland“-Demonstration am 27. Februar 2016 in Remscheid teilgenommen haben.

Die Partei „Die Republikaner“ wiesen noch 2017 auf der Homepage ihres Landesverbandes einen Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis aus, von diesem waren aber keinerlei Aktivitäten bekannt. Ein/e lokale/r Ansprechpartner/in wurde nicht benannt, der Kontakt lief über den Landesverband. Mittlerweile wird genannter Kreisverband nicht mehr aufgeführt.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielten die REP in den beiden Wahlkreisen im Rheinisch-Bergischen Kreis jeweils 0,2 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagsneuwahlen 2012 standen sie nicht auf den Stimmzetteln. Bei der Bundestagswahl im September 2013 erzielte die Partei 0,1 Prozent der Zweitstimmen. Bei den Europawahlen 2014 kam sie auf 0,2 Prozent, bei den Kommunalwahlen 2014 trat sie im Rheinisch-Bergischen Kreis nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 kamen die REP im Rheinisch-Bergischen Kreis auf nur 70 Zweitstimmen, was 0,05 Prozent entspricht. Bei den Bundestagswahlen 2017 trat die Partei nicht an. Auch der Antritt bei den Europawahlen im Mai 2019 scheiterte.

Die Partei „Bürgerbewegung pro NRW“ bemühte sich ab Februar 2008 um den Aufbau und die Festigung tragfähiger lokalpolitischer Strukturen. Nach einigen Startschwierigkeiten wurde im Juni 2008 Thorsten Klein aus Bergisch Gladbach zum Kreisvorsitzenden gewählt. Bereits im November endete seine Amtszeit wieder, als neuer Kreisvorsitzender fungierte nun Christoph Heger, der aufgrund seines politischen Engagements sein Amt im Overather Kirchenbauverein niederlegte, da mehrere CDU-Politiker eine Benefizveranstaltung des Vereins aufgrund seiner Teilnahme absagten.

2009 wurde Leichlingen von „pro NRW“ als Austragungsort für eine 50-köpfige Auftaktkundgebung anlässlich des zweiten „Anti-Islamisierungskongresses“ in Köln ausgewählt.

Bei den Kommunalwahlen 2009 trat „pro NRW“ zu den Stadtratswahlen Leichlingen und zu den Wahlen zum Kreistag an. In Leichlingen kam die Partei auf 2,9 Prozent (1 Sitz), im Kreisgebiet auf 2,0 Prozent (1 Sitz). Das formulierte Ziel, in Fraktionsstärke in beide Parlamente einzuziehen, wurde also deutlich verfehlt. Beide Mandate nahm der damalige „pro NRW“-Parteivize und Bezirksvorsitzende Rheinland, Ronald Micklich, wahr. Bei der Landratswahl kam Christoph Heger auf 4,0 Prozent.

Im zweiten Halbjahr 2010 verließen Ronald Micklich und seine Ehefrau den „pro NRW“-Kreisverband Rhein-Berg. Roland Micklich behielt allerdings seine Stadtrats- und Kreistagsmandate. 2011 meldete sich Micklich über eine eigene Homepage („Bergische Stimme“) zu Wort und nutzte fortan jede sich ihm bietende Gelegenheit, seiner ehemaligen Partei „pro NRW“ durch Einblicke in deren Parteileben zu schaden. Aktuell wendet sich das Projekt Inhalten der AfD zu. Der Rückzug des Ehepaars Micklich bedeutete für „pro NRW“ einen herben Rückschlag bei der Aufbauarbeit im Kreisgebiet. Trotz gegenteiliger Behauptungen war die politische Arbeit des Kreisverbandes in fast allen Städten und Gemeinden im Kreisgebiet komplett zum Erliegen gekommen.

Bei der vorgezogenen Landratswahl am 20. November 2011 verlor der „pro NRW“-Kandidat Christoph Heger mit 2,8 Prozent 1,2 Prozent im Vergleich zur letzten Landratswahl. Ab Oktober 2012 fungierte er temporär als Bezirksvorstandsvorsitzender des „pro NRW“-Bezirksverbandes Bergisches Land.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielte „pro NRW“ in den beiden Wahlkreisen im Rheinisch-Bergischen Kreis 1,7 bzw. 2,2 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagsneuwahlen 2012 erreichte sie 1,3 und 1,8 Prozent. Bei den Europawahlen 2014 kam „pro NRW“ auf 0,7 Prozent. Bei den Kommunalwahlen 2014 trat „pro NRW“ nur zum Stadtrat in Bergisch Gladbach an, allerdings reichte es nur für Antritte in 13 von 26 Wahlkreisen. „Zwölf Kandidaten wurden vom Wahlausschuss nicht zugelassen. Zum Teil aufgrund von Formfehlern, einige Personen wussten gar nicht, dass sie nominiert worden waren“, hieß es am 10. April 2014 auf der

Homepage des „Bürgerportals Bergisch Gladbach“. Als Spitzenkandidatin trat Katja Karakus in Erscheinung. Letztendlich kam „pro NRW“ auf nur 0,4 Prozent und ging bei der Verteilung der Mandate leer aus.

Am 25. August 2014 wurde Katja Karakus – heute Katja Engels – als neue Kreisvorsitzende gewählt, zu ihrem Stellvertreter wurde Josef Engels eingesetzt. Nach dem Ausscheiden von Detlef Schwarz aus Bonn als Geschäftsführer der Partei übernahm Katja Engels dieses Amt kommissarisch, bis es im Dezember 2015 vom Ex-NPDLer Thorsten Crämer aus Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis) übernommen wurde. Im Frühjahr 2015 trat Engels mehrmals als Ordnerin und als Versammlungsleiterin bei DÜGIDA-Demonstrationen in Düsseldorf in Erscheinung, zog sich dann dort aber nach Streitigkeiten mit Melanie Dittmer zurück. Am 8. November 2015 wurde sie zur neuen Vorsitzenden des „pro NRW“-Bezirksverbands Bergisches Land gewählt. Als Schatzmeisterin des Bezirksverbands fungiert die Parteivorstandsbeisitzende Aganeta Jess aus Overath. Unter den vier Beisitzern befand sich eine weitere, namentlich nicht genannte Person aus Overath. Ebenfalls im November 2015 zeichnete sich ab, dass die Partei im Kreisgebiet über keinen aktiven Rückhalt verfügt: Drei im Kreisgebiet für den 13. November 2015 angekündigte „Mahnwachen“ in Leichlingen, Bergisch Gladbach und Overath im Rahmen einer landesweiten Kampagne gegen einen angeblich „massenhaften Asylmissbrauch in Nordrhein-Westfalen“ konnten nicht durchgeführt werden. Dennoch stieg Engels im Dezember 2015 zur stellvertretenden Parteivorsitzenden auf.

Im Verlauf der parteiinternen „pro NRW“-Flügelkämpfe, die sich 2015 immer mehr zugespitzt hatten und letztendlich zur Spaltung von „pro NRW“ und zur Abwanderung diverser Funktionsträger/innen zu „pro Deutschland“ führten, wandte sich auch der ehemalige „pro NRW“-Kreisvorsitzende und -Landratskandidat Christoph Heger „pro D“ zu. Später wurde er zum stellvertretenden „pro D“-Landesvorsitzenden gewählt, bevor er im November 2016 zum Vorsitzenden des NRW-Landesverbandes gewählt wurde. Am 11. November 2017 verkündete „pro D“ Partei nach ihrer Bundesversammlung in Wuppertal ihre Auflösung und forderte ihre verbliebenen Mitglieder auf, die AfD zu unterstützen.

Die „pro“-Parteien verzichteten 2017 aufgrund ihrer personellen Schwäche und insbesondere wegen der nicht vorhandenen Erfolgsaussichten auf Antritte zu den Landtags- und Bundestagswahlen. „Pro NRW“ teilte Ende Oktober 2017 in einem Bericht über ihren Parteitag am 27. Oktober 2017 hochtrabend mit: „PRO NRW wird sich [...] in vielen Städten, Gemeinden und Bezirksvertretungen an der Kommunalwahl 2020 beteiligen. Daneben beabsichtigt die Partei eine noch zu gründende Anti-Islam-Plattform zur Europawahl zu unterstützen und mit dieser Anti-Islam-Liste den Einzug ins europäische Parlament zu schaffen.“ Katja Engels, die am 27. Oktober 2017 zur neuen Generalsekretärin der Partei gewählt wurde (als Parteivize fungiert sie seitdem nicht mehr): „Ein Mandat kann man bereits mit 0,5 % der Stimmen erkämpfen und schon mit einem solchen Ergebnis käme die neue Plattform in die staatliche Parteienfinanzierung.“ Von der „Anti-Islam-Liste“ war später keine Rede mehr und im März 2019 löste sich „pro NRW“ auf (siehe Regionalberichte [Leverkusen](#) und [Rhein-Sieg-Kreis](#)).

Internetportal Flinkfeed/Fritzfeed

Für einiges Aufsehen sorgte im April des Jahres 2020 das neue rechte Internetportal „FritzFeed“, welches kurz nach Erscheinen den Namen „FlinkFeed“ annahm. Mit diesem Projekt versuchten einige Personen ein „Buzzfeed für Rechte“ zu schaffen, also leicht zugängliche Berichte und Videos mit provokativem Anspruch. Das Portal zeichnet sich von Anfang an durch teilweise sehr vulgäre Beiträge aus, die häufig (antimuslimischen) Rassismus transportieren. Der Internetauftritt des Portals wurde ebenso wie seine Nähe zur „Identitären Bewegung“ im Innenausschuss des Landtages NRW debattiert. Dort wurde insbesondere die Rolle eines Mitarbeiters der AfD-Landtagsfraktion thematisiert, der aus Bergisch-Gladbach stammt. Im Februar 2021 berichtete die Rheinische Post, dass die Landesanstalt für Medien NRW gegen das Portal vorgehe. Grund dafür seien Verstöße gegen die journalistische Sorgfaltspflicht. Im Verlaufe des Jahres wurde es zunehmend stiller um das Projekt. Ende März 2021 berichtete der in der rechten Szene beliebte Blogger Oliver Flesch, dass das „systemkritische Portal“ aufgrund von Repression, privater Überlastung und Finanzproblemen eingestellt worden sei.

Freie Kameradschaftsszene

Aktuell sind keine organisierten Neonazi-Strukturen im Rheinisch-Bergischen Kreis bekannt.

Um das Jahr 2006 herum existierte in Burscheid eine Gruppe mit dem Namen „Kameradschaft Burscheid“, deren Mitglieder im Stadtgebiet durch das Verkleben von Propagandamaterial in Erscheinung traten und sich gegen einen Ausbau der Autobahn aussprachen, bei dem eine alte Mauer mit eingelassenem Hakenkreuz hätte entfernt werden müssen. Mitglieder der Gruppe waren im Burscheider Kinder- und Jugendparlament aktiv und nutzten deren Webspace für ihre Internetseite, auf der Demo-Aufrufe, Rechtsrock und Plakate zu finden waren. Aufgrund des öffentlichen Drucks löste sich die Gruppe zwar auf, die Präsenz einschlägiger Aufkleber und Symbole im Stadtgebiet deuteten aber darauf hin, dass einzelne Akteure weiterhin aktiv blieben.

Am 9. Januar 2011 wurde im Internet über eine Aktion „nationaler Sozialisten“ in Burscheid berichtet, die den Zweck hatte, „eine Kriegsgräberstätte zu säubern und an gefallene deutsche Soldaten und die Mütter und Frauen der Gefallenen zu gedenken.“ Organisiert worden sei die Aktion, so die FNL, „von unseren Kameraden aus Burscheid“.

In Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises war insbesondere die Gruppierung „Freie Nationalisten Leverkusen“ (FNL) aktiv, die der Strömung der „Autonomen Nationalisten“ zuzuordnen war und bis 2010 unter dem Namen „Autonome Nationalisten Leverkusen-Leichlingen“ auftrat. Die Gruppe gehörte der 2013 aufgelösten neonazistischen Regionalstruktur „Aktionsgruppe Rheinland“ (AG Rheinland) an, die auf ihrer Homepage unter anderem Kontaktmöglichkeiten zu Aktivisten aus Burscheid, Bergisch Gladbach und Leverkusen/Leichlingen anbot. In mehreren Städten im Kreisgebiet fanden sich Aufkleber und Sprühereien, die dieser Gruppe zuzurechnen sind. Der Aktivitätsgrad der später in „Freie Nationalisten Leverkusen“ umbenannten Kameradschaft ging nach der erneuten Inhaftierung eines ihrer führenden Mitglieder allerdings stark zurück (siehe Bericht zu Leverkusen), die Gruppe ist heute nicht mehr existent. Einzelne ehemalige Mitglieder sind aber nach wie vor in der neonazistischen Szene aktiv. Strukturen der neonazistischen Partei „Die Rechte“ sind bisher im Kreisgebiet nicht erkennbar. Bei den Bundestagswahlen 2013 kam die Partei kreisweit auf gerade einmal 28 Stimmen. Ihre Schwerpunkte sind Dortmund, Hamm, Wuppertal, der ostwestfälische Raum sowie der Rhein-Erft-Kreis (siehe Bericht Rhein-Erft-Kreis). Bei den Landtagswahlen 2017 kam die DR im Kreisgebiet auf 25 Stimmen, was 0,02 Prozent entspricht. Bei den Bundestagswahlen 2017 trat sie in NRW nicht an. Im Mai 2019 trat die Partei zu den Europawahlen an. Spitzenkandidatin war – obwohl inhaftiert – Ursula Haverbeck. „Die Rechte“ erhielt 44 Stimmen. Die neonazistische Partei „Der III. Weg“ erreichte 9 Stimmen, was in beiden Fällen 0,0 Prozent entsprach.

Am 12. Juli 2020 berichtete „Der III. Weg“, dass einige „Aktivisten des Stützpunktes Rheinland“ Flyer in Bergisch-Gladbach verteilt hätten. Dies stand im Zusammenhang mit dem Skandal um Kindesmissbrauch in der Stadt. Weitere Aktivitäten der Partei waren jedoch nicht zu verzeichnen.

Rechte Straftaten

Für 2017 hat das NRW-Innenministerium im Rahmen der Erfassung „Politisch motivierter Kriminalität Rechts“ 28 Straftaten für den Rheinisch-Bergischen Kreis festgehalten, Gewaltdelikte waren nicht darunter. 2016 waren es 32 Straftaten (darunter eine Körperverletzung in Burscheid).

2018 wurden 22 Straftaten im Rheinisch-Bergischen Kreis gezählt, darunter kein einziges Gewaltdelikt.

Erwähnenswert aus 2018 ist ein Vorfall vom 15. Mai 2018 im Leichlinger Stadtteil Witzhelden. Nachdem es schon zuvor zu Sachbeschädigungen am Besitz einer teilweise jüdischen Familie gekommen war, wurde an

diesem Tag in ihr Haus eingebrochen. Es wurden Wertsachen entwendet, ein Hakenkreuz gesprüht und Schmutzwasser verschüttet, also persönliche Gegenstände der Familie verunreinigt. Die Statistik des NRW-Innenministeriums weist für Leichlingen für 2018 nur eine einzige Straftat auf, die als Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und als antisemitische Straftat beschrieben wird. Ob es sich hierbei um den genannten Einbruch handelt, ist unklar. Sollte das der Fall sein, stellt sich die Frage, ob dem Vorfall mit der Einordnung als Delikt gemäß den §§ 86, 86a StGB ausreichend Rechnung getragen wurde.

Ein weiterer tragischer Vorfall ereignete sich im März 2018 in Bergisch Gladbach. Die Kölnische Rundschau berichtete, dass nach einem Streit zwischen Nachbarn um die Beschädigung von PKWs ein marokkanischstämmiger Mann durch Schüsse aus einer Pfefferpistole so schwer am Kopf verletzt wurde, dass er daran starb. Die Auswertung des Mobiltelefons des mutmaßlichen Täters lasse einen rassistischen Hintergrund der Tat vermuten. Dieser Fall wurde nicht als „Politisch motivierter Kriminalität Rechts“ eingeordnet.

Im ersten Halbjahr 2019 finden sich 19 rechte Straftaten in der Kriminalitätsstatistik. Für das gesamte Jahr wurden 37 rechtsmotivierte Straftaten verzeichnet. Darunter wurde eine Körperverletzung in Wermelskirchen am 16. Februar 2019 genannt, weiterhin eine islamfeindliche, drei flüchtlingsfeindliche und fünf antisemitisch motivierte Taten.

Für das erste Halbjahr 2020 wurden 16 rechte Straftaten verzeichnet. Es wurden zwei flüchtlingsfeindliche und eine antisemitische Straftat genannt.

Überregionales Aufsehen erregte ein Vorfall Ende August 2020. Bei einem Besuch von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Bergisch Gladbach wurde dieser von einer Reihe von Personen aus dem Umfeld der Corona-Leugner/innen beschimpft und von einem Mann homophob beleidigt. Dieser musste im November 2020 eine Geldstrafe von 2800 Euro zahlen.

Für das Jahr 2020 wurden im Kreis 27 rechtsmotivierte Straftaten genannt, eine davon mit antisemitischem Hintergrund.

Im ersten Halbjahr 2021 sind in den Kriminalitätsstatistiken neun rechtsmotivierte Straftaten benannt, darunter ist eine mit dem Tatvorwurf „Bedrohung/Nötigung“, begangen in Odenthal.

Anfang Juli 2021 wurde in als Gesundheitsaktivist bekannt gewordener Mann aus Bergisch Gladbach vom Amtsgericht der Stadt zu einer Geldstrafe von 4800€ verurteilt. Er soll Aufkleber mit rechtsextremistischen Inhalten verklebt haben, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Verteidigt wurde er im Prozess von der in der rechten Szene als Juristin gefragten Anwältin Nicole Schneiders. Diese hat im NSU-Prozess den Rechtsextremisten Ralf Wohlleben verteidigt.

„Corona-Rebellen“ und verschwörungstheoretische Demonstrationen im Zuge der Covid-19 Pandemie ab April 2020

Im Zusammenhang mit den temporären Einschränkungen des öffentlichen Lebens und einzelner grundgesetzlicher Rechte wie der Versammlungsfreiheit aufgrund der Covid-19 Pandemie kam es auch im Rheinisch-Bergischen-Kreis zu einigen Protesten, die zumindest als rechtoffen gewertet werden müssen [siehe [Regionalbericht Köln](#)].

Im Kreis fanden im Zeitraum April-Juni 2020 mindestens fünf demonstrative Aktionen dieser Art statt, bei denen maximal eine Teilnehmendenzahl von 100 Personen erreicht wurde. U.a. wurden im Mai 2020 vier Demonstrationen in Bergisch-Gladbach gezählt. Am 15. Mai fand auch eine Kundgebung in Leichlingen statt, 50 Personen nahmen teil.

Im Oktober 2020 kam es zu mindestens zwei Demonstrationen aus diesem Umfeld in Bergisch Gladbach, abermals besucht um etwa 50 Personen. Die lokale Presse vermutete eine organisatorische Eingebundenheit der AfD-Ratsfraktion.

Zu Weihnachten 2020 fand sich eine Gruppe von Corona-Leugner/innen vor einem Altenheim in Bergisch Gladbach ein und verstieß dabei offenbar bewusst gegen Schutzmaßnahmen wie Mund-Nasen-Schutz. Weiterhin wurde über eine Telegramgruppe mit Namen „AutokorsoGL“ regelmäßig zu dieser Aktionsform in Bergisch Gladbach aufgerufen. In den sozialen Medien bewarb die Gruppe „GL denkt nach“ im Frühjahr 2021 einen regelmäßigen „offenen Austausch rund um die Corona-Maßnahmen“ in Bergisch- Gladbach. Den Angaben zufolge sollte dieser an Montagen zwischen 19 und 21 Uhr stattfinden. In der Gruppe wurden auch neonazistische und verschwörungsideologische Inhalte geteilt.

Auch im Rheinisch-Bergischen Kreis trat mit der Partei „dieBasis“ eine aus der Corona-Leugner*innen-Szene entstandene Partei an. Sie erreichte 1,4 Prozent der Erst- und 1,3 Prozent der Zweitstimmen.